

Aachen am Ende des Zweiten Weltkrieges: Auftakt zur Nachkriegszeit?

von Klaus Schwabe

I.

In der langen Geschichte Aachens hat die Welt einige Male auf die Kaiserstadt geblickt. Das letzte Mal geschah dies im Frühherbst 1944. In einer doppelten Hinsicht schaute die Welt 1944 auf Aachen: Hitler und seine Getreuen wollten die alte Reichsstadt zu einem deutschen Stalingrad umstilisieren, zum Wendepunkt im Westkrieg, der im August/September 1944 einen für Hitlerdeutschland so katastrophalen Verlauf genommen hatte; für die Westmächte war das eroberte Aachen wichtig als das erste Stück Deutschland, das unter die Kontrolle einer amerikanischen Militärregierung fallen würde, ein Stück Deutschland, in dem die Amerikaner und ihre Verbündeten, gleichsam wie bei einem Experiment, wichtige Erfahrungen für das Militärregime zu machen hofften, das nach der Kapitulation Hitlers für ganz Deutschland vorgesehen war. In Aachen konnte ausprobiert werden, welche Behandlung der Deutschen die beste Gewähr dafür bot, dass die zukünftigen Siegermächte ihr Hauptkriegs- und Friedensziel wirklich erreichten: Deutschland und die Deutschen so umzuwandeln, dass diese nie wieder die Welt mit einem Krieg bedrohen konnten. Dieses Kriegsziel hatten die Westmächte mit der Sowjet-Union gemein; es gab den gewaltigen Opfern an Menschenleben und Material, die sie brachten, einen Sinn. Für Menschen jüdischer Religion oder Herkunft, das darf nicht vergessen werden, war dies unter dem düsteren Schatten, den Auschwitz warf, eine existentielle Frage.

Der Hauptakzent der nachfolgenden Skizze [Anm. 1] liegt damit mehr auf der Zeit nach als auf der Zeit vor der Kapitulation Aachens, mehr auf der amerikanischen als auf der deutschen Seite. Unsere Leitfrage lautet, welche Bedeutung das Experiment Aachen für die amerikanische Deutschland- und Besatzungspolitik besessen hat. Sie setzt damit Aachener Lokalpolitik mit Entscheidungen der Amerikaner auf hoher, ja höchster Ebene in Beziehung.

Es ist nun nicht möglich, diese Frage zu erörtern, ohne einen Blick auf das Objekt dieses amerikanischen Experimentes zu werfen, das heißt auf die Aachener selbst, zwischen Oktober 1944 und März 1945 einige 6.000 bis 12.000 Menschen, welche die Schlacht um Aachen an Ort und Stelle überlebt hatten; kann doch das Verhalten dieser Aachener eigentlich nicht ganz ohne Rückwirkung auf die Haltung der amerikanischen Besatzung geblieben sein.

Es ist damit zu fragen:

-erstens, wie es um die allgemeine und politische Einstellung der Aachener bestellt gewesen ist, welche die amerikanischen Eroberer hier vorfanden, ehe -

-zweitens, das Augenmerk auf die ersten Eindrücke zu lenken ist, die die amerikanischen Sieger beim ersten Ausprobieren ihrer Besatzungs- und Deutschlandpolitik in dem engen Rahmen des Raumes Aachen gewannen;

-drittens ist zu untersuchen, welche Lernprozesse der Testfall Aachen bei den zuständigen amerikanischen Stellen einganggesetzt hat und in welcher Weise sich diese Lernprozesse auf die Formulierung der amerikanischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik in Washington, das heißt auf höchster Ebene, insgesamt ausgewirkt haben.

II.

Beginnen wir mit der deutschen Seite! Das Hitlerregime hatte bei den Aachenern, die bis zur Kapitulation der deutschen Truppen am 21. Oktober 1944 in ihrer Stadt ausgeharrt hatten, einen denkbar ungünstigen Eindruck zurückgelassen. Mit zwei Stichworten läßt sich dies belegen: Das eine lautet Evakuierung. Diese hatte Himmler in Aachen noch am 10. September prahlerisch für ausgeschlossen erklärt. Zwei Tage später wurde sie von Hitler dann doch angeordnet. Die NS-Behörden machten sich schon am 12. September, als erste Granaten ins Aachener Stadtgebiet fielen, aus dem Staube. Die zur Evakuierung vorgesehene Bevölkerung blieb zurück und wurde von einer Panik ergriffen. Dann aber kehrten die Polizeibehörden zurück, und es begann die Räumung doch, und zwar drastisch. Am Ende waren es 17.995 Aachener, die teils freiwillig, teils gezwungen, ihre Stadt verließen; kaum 6.000 gelang es, sich in Kellern versteckt zu halten, in ständiger Angst vor den Häschern der SS, die - unter der Androhung von Strafverfolgung wegen Landesverrats - bis zur endgültigen Einschließung der Stadt ihre Jagd auf verbliebene Zivilisten fortsetzten, um sie abzutransportieren.

Das zweite Stichwort lautet: Geordnete Übergabe, das heißt die Einrichtung einer Übergangsverwaltung, die die Verwaltung von Aachen bei hoffnungsloser militärischer Lage an die Alliierten übergeben sollte. Obwohl mehrere Aachener Bürgerdelegationen darauf drangen - eine Übergangsverwaltung war unter dem Museumsdirektor Felix Kuetgens noch von dem scheidenden Oberbürgermeister Quirin Jansen eingesetzt worden -, wurde alles, was nach Kapitulation aussah, natürlich verweigert. Die Vertreter der Übergangsverwaltung wurden zum Verlassen der Stadt gezwungen. Hitler selbst befahl, Aachen bis zum letzten Mann zu verteidigen, und wenn nur ein Trümmerfeld übrigbliebe.

Kein Wunder, dass sich die Stimmung der zurückgebliebenen Aachener drastisch verschlechterte - ein Beobachter sprach geradezu von einer für die staatlichen Vertreter bedrohlichen Einstellung der Bunkerinsassen, die sich von den Behörden im Stich gelassen fühlten. [Anm. 2] Nach alledem kann es nicht überraschen, daß die 6.000 Aachener, die die Schlacht überlebt hatten, tief aufatmeten, als die deutschen Truppen unter Hinterlassung eines Trümmerfeldes am 21. Oktober 1944 schließlich kapitulierten. Für diese Aachener war der Krieg mit seiner täglichen tödlichen Bedrohung nun zu Ende (oder doch fast: die Stadt blieb bis in den November hinein unter deutschem Beschuss). Wichtiger noch:

Mit ihnen hatten sich Deutsche einer Anordnung Hitlers, das heißt seinem Räumungsbefehl, mit Erfolg entzogen - eine Art Verweigerung, die keine Selbstverständlichkeit war zu einem Zeitpunkt, als der deutsche Rundfunk noch von Durchhalteparolen dröhnte und sonst praktisch noch kein Reichsgebiet von den Alliierten erobert worden war.

In den Augen des NS-Regimes waren diese Aachener natürlich Verräter - ein "Mob", wie sie von der Gestapo genannt wurden. Zu diesen sogenannten Verrätern gehörte auch der Bischof von Aachen, Johannes Joseph van der Velden, der als „Kapitän“ seiner Aachener Diözese die Stadt solange nicht verlassen wollte, wie sich in ihr noch Bewohner aufhielten. Er folgte damit einem schon im August des Jahres in Honnef gefassten entsprechenden Beschluss der westdeutschen Bischöfe.

Man kann also feststellen, dass zusammen mit ihrem Bischof die Aachener Restbevölkerung, welche die siegreichen Amerikaner vorfanden, in ihrer großen Mehrheit das Hitlerregime gründlich satt hatten und, wie einige von ihnen gegenüber amerikanischen Nachrichtenoffizieren erklärten, die Sieger ehrlich als echte Befreier begrüßt haben. Der erste Eindruck, den sie von den amerikanischen Soldaten gewannen, war zudem im allgemeinen gut; von gravierenden Übergriffen gegen Personen hörte man nichts. [Anm. 3]

Tatsächlich ließ sich die Zusammenarbeit zwischen befreiten Deutschen und amerikanischer Militärverwaltung anfangs auch leidlich gut an: Seit den ersten Novembertagen schon wurden die Aachener nach anfänglicher Internierung registriert und nach und nach wieder in die Stadt zurückgelassen, wenn sie dort eine Unterkunft nachweisen konnten und nicht politisch verdächtig waren. Zu Ende des Jahres lebten dort schon wieder an die 10.000 bis 12.000 Personen. Mit Hilfe des Bischofs war noch vor der Kapitulation Aachens von amerikanischen Offizieren die Persönlichkeit gefunden worden, der das Amt des neuen Oberbürgermeisters anvertraut werden konnte - Franz Oppenhoff. Dieser mit 42 Jahren noch relativ junge Rechtsanwalt hatte die katholische Kirche öfter in Prozessen mit dem NS-Regime vertreten. Trotz anfänglicher Bedenken - vor allem der Furcht, dass über seine süddeutschen Verwandten Sippenhaft verhängt werden könnte - übernahm er dieses Amt. Er unterschied sich damit von Konrad Adenauer, der aus ähnlichem Grund im März 1945 das ihm angebotene Amt des Oberbürgermeisters von Köln noch nicht antreten wollte. Freilich sicherten die amerikanischen Offiziere Oppenhoff die Geheimhaltung seines Namens zu, um seine Angehörigen vor Repressalien des NS-Regimes zu bewahren. Oppenhoff bedang sich außerdem aus, daß er sich seine Dezenten selbst aussuchen und dass er nicht zu Handlungen gezwungen werden dürfe, die seinem Volk oder deutschen Soldaten schadeten. Er handelte also, wie dies auch seine amerikanischen Gesprächspartner anerkannten, im besten Sinne als Patriot.

Im Weiteren verteidigte Oppenhoff mit aller Zähigkeit die Interessen der Aachener Bevölkerung: bei der Freigabe von Straßen zum Antransport von Lebensmitteln, bei der Verpflichtung zu den wenig beliebten öffentlichen Enttrümmerungs- und Aufräumarbeiten, bei der Eröffnung einer Sparkasse und der

Einführung von Steuern. Eine Art praktischer Solidarität zwischen Eroberten und Eroberern stellte sich ein. Diese fand, ohne daß dies die Aachener freilich wissen konnten, ein letztes Mal zur Zeit der Rundstedt(Ardennen)-Offensive ihren Ausdruck darin, dass die Amerikaner den höchsten Beamten der von ihnen eingesetzten Aachener Stadtverwaltung den Abtransport für den Fall zusagten, daß die Stadt von deutschen Truppen zurückerobert werden sollte. [Anm. 4]

Doch inzwischen begann sich das Klima zwischen amerikanischen Siegern und Aachener Bevölkerung bereits zu verschlechtern. Die amerikanischen Stellen achteten mit der Zeit immer strenger auf die Einhaltung des Fraternalisierungsverbotes. Auch mit Oppenhoff gab es keinen Händedruck mehr. Am 7. Februar 1945 meldete dann die Nummer 3 der (seit dem 24. Januar 1945 erscheinenden) "Aachener Nachrichten" auf ihrer ersten Seite die Entlassung von 27 namentlich aufgezählten Angestellten der neuen Stadtverwaltung, weil alle, wie es hieß, in *mehr oder minderem Grade aktive Mitglieder der Nazipartei waren*. In den Folgewochen ging es mit dieser Säuberung Schlag auf Schlag weiter - auch Oppenhoffs unmittelbare Umgebung wurde gereinigt. Der Oberbürgermeister, verständlicherweise amtsmüde und von bösen Vorahnungen verfolgt, bekam zu spüren, dass die amerikanische Besatzungsbehörde ihm zunehmend misstraute.

Was war geschehen? Wie verhielt sich dieser Stimmungswandel bei der amerikanischen Militärregierung zu der im ganzen durchaus besatzungsfreundlichen und nazifeindlichen Haltung der meisten Aachener? Hatte diese drastische Verschärfung der Haltung der amerikanischen "Besatzer" etwas mit der Ardennenoffensive zu tun? Oder mit dem allmählichen Bekanntwerden des ganzen Ausmaßes der vom Hitlerregime begangenen Greuel?

Alle diese Vermutungen führen in die Irre. Hinter der Aachener Säuberung steckte erheblich mehr - ihr Hintergrund reichte bis nach Washington.

III.

Wir wenden uns damit der amerikanischen Perspektive der Aachener Anfänge in der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland zu. Hier sind zwei Vorklärungen nötig - es ist die Frage nach den amerikanischen Zuständigkeiten für die Militärverwaltung der Kaiserstadt zu beantworten und die Frage nach den Direktiven und den Erwartungen, mit denen die Amerikaner die Kontrolle der Verwaltung Aachens übernahmen.

Die Frage nach den amerikanischen Zuständigkeiten für Aachen ist nur scheinbar einfach zu beantworten: Sie lag formell und in der unmittelbaren Praxis der Zivilverwaltung in Händen von SHAEF, Abteilung G-5, das heißt des Obersten Hauptquartiers der westalliierten Expeditionstreitkräfte in Europa. Es mischten freilich noch alle möglichen anderen Stellen mit: in Geldfragen das Finanzministerium, für Medien und für Feindaufklärung die Abteilung für Psychologische Kriegführung bei SHAEF, und für politische Fragen das State Department, bei General Eisenhower vertreten durch

Robert Murphy, einen hoch angesehenen Karrierebeamten des diplomatischen Dienstes. Im Hintergrund blickte die Presse mit Argusaugen auf das Verhalten der amerikanischen Besatzungsstellen in dieser ersten eroberten deutschen Großstadt.

Die Direktiven für die amerikanische Militärverwaltung standen im Moment, als die amerikanischen Truppen nach Aachen vordrangen, noch nicht ganz fest, weil darüber in Washington noch auf höchster Ebene debattiert wurde. Aber einige vorläufige Anweisungen lagen natürlich vor, als die Amerikaner die Verwaltung Aachens übernahmen. Eine Interimsdirektive vom 7. September 1944 befahl u.a.: die tunlichste Unterstützung der militärischen Operationen durch die Zivilverwaltung, bei den Deutschen die Beseitigung des Nazismus und seiner Gesetze, die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und die Dingfestmachung von Naziverbrechern. Die bestehenden deutschen Verwaltungsorgane sollten, soweit nicht politisch belastet, weiterverwendet werden. Bis ins einzelne wurde das Verfahren für die Überprüfung der gesamten deutschen Bevölkerung auf ihre NS-Vergangenheit hin festgelegt. Das Wort Fragebogen - auf deutsch - taucht hier zum ersten Male auf.

Für das Verhalten der amerikanischen Truppen zur deutschen Zivilbevölkerung gab es eine besondere Instruktion. Dort hieß es: *Das deutsche Volk befindet sich in einem totalen Krieg gegen dich und ist individuell und kollektiv dein Feind.* Diszipliniertes Verhalten gegenüber den militärfremden Deutschen würde bei diesen besonders beeindrucken. Den Deutschen aber wurde als Bekanntmachung Nr. 1 von Eisenhower verkündet: *Die Alliierten Streitkräfte ... kommen als Eroberer, jedoch nicht als Unterdrücker... wir werden Nazismus und deutschen Militarismus austilgen...*

Bei diesen Vorplanungen ist zweierlei festzuhalten: Die amerikanischen Behörden gingen davon aus, dass die deutsche Bevölkerung insgesamt einerseits feindlich eingestellt und mehr oder weniger nazi-beeinflusst war und dass andererseits die amerikanischen Militärbehörden in den eroberten Gebieten funktionierende lokale deutsche Verwaltungen vorfinden würden. Beide Voraussetzungen waren, wie sich herausstellte, in Aachen nicht gegeben.

Was die Deutschen anlangte, denen die amerikanischen Eroberer begegneten, so beteuerten diese unisono, mit dem Naziregime nichts zu tun gehabt zu haben. Im übrigen erwiesen sie sich als "fügsam" (*docile*) und kooperativ, solange sie nicht befürchten mussten, dass ihnen ihr Verhalten Repressalien des NS-Regimes an ihren Verwandten im Reich eintragen könnte; von irgendeinem Untergrund gab es keine Spur; die Sicherheitslage in Aachen wurde schon wenige Wochen nach der Eroberung der Stadt (mit etwas verfrühtem Optimismus) als "ausgezeichnet" bezeichnet. Ein Offizier resümierte seine ersten Eindrücke im besiegten Deutschland mit den Worten: *Wir finden unsere Aufgabe in Belgien im Grunde schwieriger als in Deutschland; denn dank des Trainings, das die Deutschen durch ihr Heer erhalten haben, tun sie, was man ihnen zu tun befiehlt. Die Belgier tun es nicht ...* [Anm. 5] Natürlich beobachteten die amerikanischen Behörden die überraschend zuvorkommende Haltung der deutschen Bevölkerung mit

Misstrauen. Für ihre Entscheidungen für die Einsetzung deutscher Beamter waren sie durch kurze "Weiße" und lange "Schwarze Listen" scheinbar bestens vorbereitet.

Für Aachen reichten diese Listen aber offenbar nicht aus. Hier sprang dafür der Bischof ein. Von Franz Oppenhoff, den der Bischof u.a. empfahl, hieß es, er habe keine Verbindungen zu den Nazis gehabt, dafür die Interessen der Kirche und auch jüdischer Firmen vor deutschen Gerichten verteidigt. Er habe das Oberbürgermeisteramt angenommen, so habe er erklärt, weil er den Nazismus verabscheue und als guter Deutscher alles ihm Mögliche tun müsse, eine gute Stadtverwaltung aufzubauen. Das werde sich, so wurde hinzugefügt, auch für die militärische Lage der Alliierten günstig auswirken.

Am 30. Oktober 1944 wurde Oppenhoff, mit Rücksicht auf seine eigene Sicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit, vereidigt. Dass zur Übernahme dieses Amtes bei den zu befürchtenden Terrorakten der Nazis Mut gehörte, anerkannte kein Geringerer als der schon genannte Robert Murphy, der politische Berater Eisenhowers, der Aachen schon vier Wochen nach seiner Einnahme besuchte.

Doch in diese amerikanisch-deutsche Harmonie mischten sich, wie angedeutet, bald unüberhörbare Misstöne. Die Armee-Zeitung „Stars and Stripes“ beklagte sich bitter über eine angeblich viel zu entgegenkommende Behandlung der Aachener Bevölkerung durch amerikanische Soldaten und Offiziere - und dies in einem totalen Krieg der Völker! Roosevelt selbst schärfte den amerikanischen Truppen die strikte Einhaltung des Fraternalisierungsverbotes ein. [Anm. 6]

Auch dieses waren freilich nur Vorgeplänkel. Zum Eklat kam es, als sich zivile Mitarbeiter der Abteilung für die psychologische Kriegführung für Aachen zu interessieren begannen. Aufgabe dieser Experten war es, der bereits unter amerikanischer Kontrolle stehenden deutschen Bevölkerung politisch den Puls zu fühlen, ihre Stimmung, ihre Haltung zu den Nazis, zu den deutschen Soldaten und zur lokalen Situation zu erkunden. Die amerikanische Militärpropaganda sollte mit derlei Informationen angereichert werden, um auf diese Weise um so wirksamer gegen die kämpfende deutsche Truppe eingesetzt werden und deren Kampfmoral untergraben zu können.

Mit diesem Auftrag stiegen einige Mitarbeiter der Abteilung für Psychologische Kriegführung zum ersten Male schon Anfang Dezember in Aachen ab. Ihr Koordinator war ein Geschichtsprofessor mit Namen Saul Padover. Jüdischer Herkunft, war er in den frühen zwanziger Jahren mit seiner Mutter aus Wien in die USA ausgewandert, hatte dort einige populärwissenschaftliche Bücher zur deutschen und amerikanischen Geschichte veröffentlicht und verfügte über den im amerikanischen Militär kostbaren Vorzug, die deutsche Sprache zu beherrschen.

Die Interviews, die er mit bekannten Aachenern durchführte, sind uns zum größten Teil wörtlich und namentlich überliefert. Was ihm bei den meisten seiner deutschen Informanten erstaunte, war ihre geringe Neigung, die moralische Zerknirschtheit an den Tag zu legen, die er eigentlich von ihnen

erwartete. Einig waren sie sich in der Furcht vor einem Überhandnehmen des Kommunismus. Bisweilen warben sie für ein deutsch-amerikanisches Zusammengehen gegen diese Gefahr. Doch gab es für ihn eine wichtige Ausnahme, die festgehalten werden muss, war sie es doch, die dann den "Aachener Skandal" auslöste: Es gab Deutsche, auf die er traf, die keine Konzessionen an die NS-Bewegung gemacht hatten und die bereit waren, das ganze Ausmaß der deutschen Schuld anzuerkennen. Das waren die Angehörigen der deutschen Linken (zum Beispiel der spätere Erstherausgeber der „Aachener Nachrichten“, der Gewerkschaftler Heinrich Hollands), die er interviewte, meist ehemalige Sozialdemokraten, gelegentlich auch Kommunisten.

Dieses Ergebnis entsprach den Erwartungen, mit denen Padover sich an seine Befragungsaktion in Aachen gemacht hatte. Es war seine Überzeugung, dass *trotz ihrer verheerenden und moralisch kompromittierenden Passivität die links stehenden Arbeiter das einzige nicht-militaristische und nicht-faschistische Element im Reich gewesen waren... Wenn Deutschland einmal wieder moralisch anständig und gleichzeitig politisch harmlos werden wollte, dann kann dies nur durch die Linke geschehen.* [Anm. 7]

Es war nun Padover schon bei seinem ersten Aachen-Besuch Anfang Dezember 1944 aufgefallen - einige seiner zur Linken gehörenden deutschen Gesprächspartner hatten ihn darauf hingewiesen -, dass eben diese Linke in der Aachener Stadtverwaltung unter Franz Oppenhoff so gut wie gar nicht vertreten war, weder Gewerkschaftler noch Sozialdemokraten, geschweige denn Kommunisten. Das hatte zu Gerüchten geführt, die auch das zuständige Hauptquartier der Abteilung für Psychologische Kriegführung erreichten. Irgendetwas schien nicht zu stimmen in Aachen. Padover und seine Mitarbeiter erhielten den Auftrag, der Sache nachzugehen - nicht nur die deutsche Verwaltung in Aachen unter die Lupe zu nehmen, sondern auch die amerikanische Militärverwaltung, die sie eingesetzt hatte.

Während die Aachener in den letzten Dezembertagen 1944 noch vor der Rückkehr deutscher Truppen bangten, begann Padover mit seinen Zeugenvernehmungen. Das Ergebnis war alarmierend! Nichts weniger als eine politische Verschwörung meinte er in Aachen aufgedeckt zu haben - die Verschwörung einer unbelehrbaren Rechten mit dem erklärten Ziel, die Linke in Aachen nicht zum Zuge kommen zu lassen. Im Mittelpunkt dieser Konspiration aber stand kein anderer als der Aachener Oberbürgermeister Oppenhoff.

Ende Januar 1945 gab Padover seine Ermittlungsergebnisse nach oben weiter. Er berichtete von einer Elite von Fachleuten - Juristen, Ingenieuren, Rechtsanwälten, Geschäftsleuten und Kirchenmännern: *Diese Elite ist gerissen, zielstrebig und angriffslustig... Hinter ihr wirke der Bischof von Aachen, eine machtvolle Persönlichkeit mit einer für ihn charakteristischen Behutsamkeit und Finesse.* Die meisten Mitglieder dieser Clique hätten im Dienst der in Aachen gelegenen Hauptrüstungswerke Veltrup und Talbot gestanden. Antiliberal, antidemokratisch, arbeiteten sie auf einen autoritären christlichen Ständestaat hin. [Anm. 8]

Und zu allem Übel hatte diese klerikal-faschistische Stadtverwaltung auch noch mehrere Exmitglieder der NSDAP in ihren Reihen geduldet. Sollte dies das Modell für das künftige Deutschland werden? Wurden die Deutschen damit nicht um die politischen Chancen betrogen, die Roosevelt und Churchill ihnen in Aussicht gestellt hatten?

An dieser Stelle muss der Historiker intervenieren. Denn Oppenhoff und seinen Mitarbeitern, die ihr Leben dafür riskierten, dass im besetzten Aachen wieder einigermaßen geordnete Zustände zurückkehrten, wurde mit diesen Auslassungen moralisch gewiss bitter Unrecht getan. Dennoch: Politisch hatte Padover richtig geurteilt, war doch die Linke in Oppenhoffs Stadtverwaltung in der Tat, gelinde gesagt, unterrepräsentiert. Was immer der Wahrheitsgehalt von Padovers Bericht gewesen sein mag, historisch wichtig ist, daß sich seine Version der Aachener Vorgänge an höherer Stelle auf der amerikanischen Seite im Februar/März 1945 zunächst einmal durchsetzte. In gewisser Weise hatte er dort damit offene Türen eingerannt, wurde doch noch dem Nachfolger Roosevelts, dem Präsidenten Truman, aus seinem Beraterkreis eine demokratisch-sozialistische Republik als die für die Deutschen angemessenste Staatsform angepriesen. [Anm. 9] Die amerikanische Presse, der Padover einen Tip gegeben hatte, sorgte im übrigen für eine öffentliche Verbreitung seiner Sicht des "Aachener Skandals". [Anm. 10]

Die auf den ersten Blick unerklärliche Personalsäuberung in Aachen, von der weiter oben berichtet wurde, ist dann auch die unmittelbare Folge von Padovers Bericht gewesen. Mehr noch, es spricht vieles dafür, dass aufgrund dieses Berichtes auch Oppenhoffs Tage als Oberbürgermeister gezählt gewesen sind: Padover hatte ausdrücklich auch dessen Absetzung gefordert. [Anm. 11] Dass es dazu nicht gekommen ist, lag im Grunde wohl nur an dem von Himmler angeordneten Mordakt eines mit Fallschirm bei Aachen abgesetzten nationalsozialistischen "Werwolf"-Kommandos, das Oppenhoff am 25. März 1945 in seiner Wohnung erschoss. [Anm. 12]

Padovers Aktion mitsamt der Publicity, die sie begleitete, erregte als klare Kompetenzüberschreitung bei den zuständigen Militärs in Eisenhowers Hauptquartier zunächst einige Verärgerung. Sie warf aber auch zwei grundsätzliche Fragen auf: Die eine betraf den Grad politischer Einflußnahme der für den zivilen Bereich zuständigen US-Militärbehörden beim Wiederaufbau der deutschen Lokalverwaltungen; die andere Frage erstreckte sich auf die programmatische Tendenz derartiger Einflußnahmen. So wurde im amerikanischen Hauptquartier gefragt: Wenn in Aachen alles so schief gelaufen war, wie dies Padover dargestellt hatte, war es dann nicht nötig, daß sich die amerikanischen Militärbehörden in Deutschland künftig sehr viel intensiver und selbständiger um politische Fragen kümmerten als bisher? Blieb nicht mit der bloßen Entfernung von Nazis aus öffentlichen Ämtern vor allem das eigentliche Problem noch ungelöst: das Problem der Vorauswahl von leitenden Personen für die deutsche Verwaltung und Politik? Diese Aufgabe, so wurde mit einem Seitenblick auf Aachen geltend gemacht, brächte die Militärbehörden aber vollends in Verlegenheit: *Wenn wir Persönlichkeiten der Rechten gestatten, die*

Verwaltung zu beherrschen, werden wir von links her kritisiert; wenn wir Linke heranlassen, kritisiert man uns von rechts... Auf jeden Fall, so drängten die zuständigen Offiziere, brauche die amerikanische Militärverwaltung von politischer Seite dringend Empfehlungen auch für ein positives, das heißt politisch konstruktives Verhalten gegenüber den Deutschen. Es ging mit anderen Worten nicht mehr nur um politische Säuberung, sondern auch um politischen Wiederaufbau. [Anm. 13]

IV.

Dieser Hilferuf sollte in Washington nicht unbeantwortet bleiben. Die Antwort erfolgte am Ende einer erregten inneramerikanischen Diskussion um die Deutschlandfrage auf höchster Regierungsebene - und dieses ist der dritte und letzte Aspekt, der an dieser Stelle gewürdigt werden soll. Unter der Gefahr der Vereinfachung soll der Gang dieser Debatte hier in größtmöglicher Kürze angedeutet werden: Festzuhalten ist zunächst, dass das Hin und Her der amerikanischen Besatzungspolitik in Aachen in der Tat nur der Reflex einer Periode einer entsprechenden deutschlandpolitischen Unentschiedenheit in Washington gewesen ist, einer Periode, die zeitlich fast genau parallel lief mit dem ersten halben Jahr amerikanischer Besatzererfahrungen in Aachen. In dieser Kontroverse stand eine eher ideologische Denkrichtung einer eher pragmatischen "Schule" gegenüber. [Anm. 14]

Die ideologische Denkrichtung erhielt zunächst von Präsident Roosevelt selbst ihre Stichworte. Diesem ging es vornehmlich darum, die Deutschen ihre Niederlage dieses mal, anders als nach dem 1. Weltkrieg, wirklich spüren zu lassen und ihnen damit ihre militaristische Mentalität auszutreiben: Bedingungslose Kapitulation und radikale politische Reinigung erschienen ihm als die probatesten Mittel der Umerziehung, die nach dem erwarteten baldigen Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Deutschland die Europäer selbst zuendeführen sollten. Dies war im wesentlichen oder doch auf kurze Sicht eine in ihren Mitteln negativ-destruktive Politik. Die Aufdeckung der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager lieferte einer solchen Politik zusätzliche Argumente. Roosevelts Finanzminister und Freund Henry Morgenthau mit seinem bekannten Plan einer industriellen Entwaffnung Deutschlands ergänzte diese Politik durch eine wirtschaftliche Dimension.

Doch die erfolgreiche Beendigung des Krieges erschöpfte sich nicht in Entnazifizierungsmaßnahmen: Die militärischen Stellen, die für die Besetzung Deutschlands zuständig waren, hatten an die militärische Praxis zu denken - und gleichzeitig auch an die politische Praxis, soweit sie für die Besetzung wichtig war. Es war deshalb nicht verwunderlich, dass in der Washingtoner Diskussion um die Behandlung des besiegten Deutschlands unter den Pragmatikern die militärischen Stellen den Ton angaben. Diese führten zugunsten einer nicht ausschließlich negativen, sondern in Grenzen konstruktiven Politik ein psychologisches und ein besatzungstechnisches Argument ins Feld.

Aus der kriegspsychologischen - man kann auch sagen propagandistischen - Sicht erschien eine harte und rein repressive Besatzungspolitik schädlich, ja kriegsverlängernd; war eine solche Politik doch kaum

geeignet, deutsche Truppen, zu denen sich Härten der amerikanischen Besatzungsherrschaft rasch herumsprechen würden, zum Aufgeben zu bewegen. Was hinter der Front Not tat, waren vielmehr Ruhe, Gesetz und Ordnung, ja sogar die Respektierung menschlicher Grundrechte. [Anm. 15]

Besatzungstechnisch kam es den militärischen Pragmatikern darauf an, jede Beunruhigung der deutschen Bevölkerung zu vermeiden, um so im Rücken der militärischen Operationen ein sicheres Hinterland zu gewinnen. Frankreich und Belgien mit ihren Untergrundverbänden zeigten, dass dies nicht ganz selbstverständlich war. Mit anderen Worten: Die militärischen Pragmatiker hielten eine politisch abstinente, rein negative Besatzungspolitik, die sich auf Entnazifizierungsmaßnahmen beschränkte, von Anfang an für undurchführbar, ja schädlich. Mit Rücksicht auf einen späteren politischen Wiederaufbau Deutschlands pflichtete das State Department dieser Ansicht der Militärs zu.

Der Konflikt zwischen den Ideologen und den Pragmatikern in Washington tobte ein halbes Jahr lang. Er endete am 23. März 1945 mit einem von Roosevelt gebilligten Kompromiss - die Grundlage der amerikanischen Besatzungsdirektive JSC 1067 -, der militärisch-besatzungstechnisch-pragmatische Bedürfnisse mitberücksichtigte.

Was hatte dieser Kompromiss aber nun politisch konkret für Deutschland zu bedeuten? Padover hatte die Frage nach der Gewinnung eines friedfertigen Deutschlands auf seine Weise beantwortet: Er wünschte im Einklang mit einer starken Tendenz innerhalb der amerikanischen Regierung, wie gezeigt wurde, dass die USA sich engagierten, um die Linke in Deutschland stark zu machen. Das war auf jeden Fall kein Plädoyer für eine Flucht aus einer in einem konstruktiven Sinne verstandenen politischen Verantwortung, die den USA mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands insgesamt zweifellos zufallen würde, die aber, wie Padover meinte, in Aachen nur unzureichend wahrgenommen worden war. Dies ist nun auch die Meinung Robert Murphys gewesen, des schon erwähnten politischen Beraters von General Eisenhower. Murphy hat aber in unübersehbarer Weise den Lernprozess nachvollzogen, den die amerikanischen Besatzungsbehörden in Aachen durchlaufen hatten. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den eben erwähnten Washingtoner Kompromiss vom 23. März 1945 richtete Murphy am 7. Mai 1945 ein Schreiben an den Chef der amerikanischen Besatzungsverwaltung im Obersten Alliierten Hauptquartier, das man als ein Schlüsseldokument der frühen amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland bezeichnen muss, weil es zum ersten mal eine politisch-inhaltliche Orientierung für die amerikanischen Besatzungsbehörden vermittelte. Wir lesen dort:

Es ist...unsere neue Politik, zwischen aktiven und nominellen Mitgliedern der NSDAP zu unterscheiden und damit die vorliegende Entnazifizierungsdirektive abzumildern ["liberalize"]... Dies ist immer noch... ein im wesentlichen negatives Vorgehen. Es gibt bisher keine positive Anweisung, ...wie demokratische Kräfte [in Deutschland] ermutigt werden können... Unser Ziel ist es aber, nicht nur, negativ, den Nationalsozialismus zu zerstören, sondern, positiv, auch die Elemente zu bestärken, die im wahren Sinne demokratisch gesonnen sind oder sein können.

In diesem Sinne empfahl Murphy, ein breites politisches Spektrum in Deutschland zu fördern, das von den unabhängigen radikalen Sozialisten bis zu den vertrauenerweckenden Teilen des ehemaligen Zentrums reichen sollte. Kommunisten nannte er (anders als Padover) nicht oder doch nur indirekt, riet er doch davon ab, *antinazistischen Elementen sowohl der extremen Rechten als auch der extremen Linken* durch ihre Betrauung mit Verwaltungsfunktionen allzu viel Prominenz zu verschaffen; *dies ist wichtig, wollen wir dem Vorwurf entgehen, eine übermäßig radikale Politik in Deutschland begünstigt zu haben. Nur so können wir auch vermeiden, daß solchen Personen, die nicht wirklich demokratisch gesonnen sind, Ämter zuerkannt werden.* [Anm. 16]

V.

Was Murphy den amerikanischen Besatzungsbeamten hier empfahl, so darf man abschließend feststellen, war weder die Politik einer auch nur kurzfristigen amerikanischen Abstinenz von der Mitwirkung am konstruktiven politisch-demokratischen Aufbau in Deutschland, wie sie insgesamt die Ideologen in Washington befürworteten, noch war es eine Politik der gezielten Förderung der radikalen Linken, wie sie u.a. Padover gefordert hatte. Was Murphy den Verantwortlichen für die amerikanische Besatzungsverwaltung in Deutschland stattdessen ans Herz legte, ist vielmehr eine pragmatische und gleichzeitig eine zentristische Politik gewesen, das heißt die Politik einer gezielten Förderung einer breiten demokratischen Mitte im politischen Spektrum Deutschlands, die sowohl die gemäßigte Rechte als auch die gemäßigte Linke mit umfasste. Dies wurde dann auch die Linie der späteren amerikanischen Militärregierung, und von dieser Position her sollte Murphy schließlich einer der amerikanischen Paten der Bundesrepublik werden.

Gefunden hatte Murphy aber zu dieser Haltung nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen, welche die amerikanische Militärverwaltung in Aachen gemacht hatte. So hatte der Aachener Skandal letztlich doch heilsame Folgen. Auf jeden Fall wurde das Aachener Experiment damit mehr als nur eine lokalgeschichtliche Marginalie.

Anmerkungen:

1. Gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der demnächst in der Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereines (zitiert als ZAG) erscheinen soll, auf den für Einzelbelege verwiesen wird. Eine weitere Fassung, die stärkeres Gewicht auf das Geschehen in Aachen legt, findet sich in dem Sammelband: Jost Dülffer (Hg.): "Wir haben schwere Zeiten hinter uns". Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit (Veröffentlichungen des Kölnischen Geschichtsvereins, Bd. 40), Vierow b. Greifswald 1996, S. 105-128.
2. Bernhard Poll (Hg.): Das Schicksal Aachens im Herbst 1944, ZAG, Bd. 66/67, 1954/55, u. Bd.73, 1962.
3. Klaus Pabst: Die Nachkriegszeit begann in Aachen, in: Walter Först (Hg.): Beiderseits der Grenzen (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 12), Köln 1987.
4. Pabst, S. 22. Allgemein neuerdings: Klaus-Dietmar Henke: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 271ff.
5. Archivalische Quellen, National Archives Washington (künftig zitiert NA).
6. Arch. Quelle, NA; ferner Jürgen Heideking: Die Amerikaner am Rhein: Kriegsende und frühe Besatzungszeit in amerikanischer Perspektive, in: Dülffer (wie Anm. 1), S. 79.
7. Saul Padover, Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer, New York 1946, S. 88.
8. Padovers Bericht ist abgedruckt in: Saul Padover u.a., The Political Situation in Aachen, in: Daniel Lerner (Hg.), Propaganda in War and Crisis, New York 1972 (Wiederabdruck), S. 434 ff.
9. W. Donovan an Truman, 5.5.1945, archiv. Quelle, NA, Truman Library.

10. So z. B. die Schlagzeile eines Artikels von Max Lerner: "The Chances are Dark for a Democratic Germany", PM, 26.3.1945. Dem Text beigegeben war eine Karikatur, die ein am Boden liegendes blutendes Kind zeigte - die deutsche Demokratie -, auf das deutsche Militaristen, Kapitalisten und Junker schadenfroh herablächelten.
11. Padover, *The Political Situation in Aachen*, S. 444.
12. Wolfgang Trees, Charles Whiting, *Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff*, Aachen 1982.
13. McSherry an Murphy, 31.3.1945, NA.
14. Hierzu immer noch die grundlegende Studie von Paul Y. Hammond, *Directives for Germany*, in Harold Stein (Hg.): *American Civil Military Decisions. A Book of Case Studies*, Birmingham, Al., 1963, S. 314ff.; auch Pabst, S. 38 ff.
15. Schreiben McClures, Leiter der Abteilung für psychologische Kriegführung, 7.10.1944, NA.
16. Murphy am 4.5.1945, NA; wiedergegeben bei Henke, S. 292 f.